

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg

mit „Auffreistem“

Sonntagsblatt



Ämtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Verkauf amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet.

Nr. 147.

Mittwoch, den 27. Juni 1917.

157. Jahrgang.

Ämtliche Anzeigen.

Seite 4 betr.:

1. Einnahmestücke.
2. Gelddotterle.

Tageschronik

Weitere Zuspitzung der Lage in Russland.
 Neue Ansprache des Kaisers im Westen.
 Nahrungseinschränkungen in England.
 Neue 58 000 T. Schiffsraum versenkt.

Soziales Königtum.

Als des Königs Osterbotschaft den veränderten Verhältnissen der Zeit entsprechende Reformen ankündigte, da fürte man von sozialdemokratischer Seite von einem sozialen Königtum reden, dem auch die sozialdemokratische Partei ihre Mitarbeit zusagen könnte. Der Gedanke des sozialen Königtums ist nicht neu. Er ist vor vielen Jahren von Friedrich Naumann ausgesprochen worden. Ihm ging es, als man seinerzeit die sozialen Ärbie unseres Volkes aufs härteste empfand, darum, daß der Kaiser die Führung bei den damals so schaffenden Neuerungen übernehmen möge. Mit ihm hofften zugleich viele deutsche Männer, daß der Kaiser, der seit dem Emporkommen der Sozialdemokratie ins deutsche Volk gedrungen war, durch eine Verbilligung von Krone und Arbeiterkraft ausgeglichen werden könne.

Erfolgt heute wieder der Ruf nach dem sozialen Königtum, so herrschen bei denen, die ihn erheben, ähnliche Gedanken wohl nur in geringem Umfange. An einem solchen Ausgleich zwischen der Macht der Krone und der Macht der Arbeiterkraft, der die Macht der Krone nicht verringert, denken wohl nur die wenigsten unter den Sozialdemokraten.

Wir müssen diese Forderungen fest im Auge behalten, wenn wir dem Gedanken des sozialen Königtums näher zu treten versuchen. Auch für uns hat dieser Gedanke zu manchen Bedrückenden. Auch wir sind im Augenblick davon überzeugt, daß das wichtigste Problem unserer inneren Politik die Frage eines Ausgleiches zwischen Krone und Arbeiterkraft ist. Nur müssen wir uns keine Illusion in anderer Weise aufkommen lassen als die, diejenigen, die den Gedanken aufs neue in die Welt gesetzt haben.

Zunächst können wir in der Ausgestaltung aller Stände vom politischen Leben mit Ausnahme der Arbeiterkraft das Heil nicht erblicken. Solange wir die jetzigen Stände- und Klassenbildung haben, ist nur eine verhältnismäßige Teilnahme aller Stände zum Nutzen des Vaterlandes an der Herrschaft möglich. Vor allem aber darf die Krone ihre jetzige starke Stellung im Verfassungssystem unseres Volkes nicht einbüßen, und es dürfen die starken sittlichen Kräfte, die im Königtum und in der Beamtenkraft in Deutschland vor allem unter preussischem Vorbild zum größten Gewinn des Staates gewirkt haben, nicht ungenützt liegen bleiben. Dem Gedanken des sozialen Königtums steht die Regierungsmehrheit der preussischen Könige seit Friedrich Wilhelm I. sehr nahe; man könnte sogar sagen, gehen zu behaupten, daß er ohne die Taten dieser Könige und ihrer Beamten bis auf unsere Zeit herab gar nicht zur Entfaltung hätte kommen können. Der Gedanke der Pflicht am Staate und damit an allen sich in sozialer Not Befindlichen ist preussisch-deutsches Geistes. Er ist von vielen Seiten, besonders von der Seite der Arbeiterkraft, in den letzten Jahren neu befruchtet worden. Warum sollte ihn den Zeitverhältnissen entsprechend in gemeinsamer Arbeit eines starken unparteiischen Königtums und einer ihren Ein nicht auf Utopisches richtenden Arbeitervertretung durchzuführen außerhalb des Bereichs des Möglichen liegen?

Die Krone und die Arbeiterkraft können an Stärke durch ein solches Zusammengehen nur gewinnen. Das war wohl im Grunde auch der Naumann'sche Gedanke. Ein solches Zusammengehen aber würde geeignet sein, den Staat, der durch unser soziales Leben klafft, zu heilen. In diesem Werke müßten sich die Aufgabe aller Parteien nach dem Kriege, von der sich auch die Konterbattanten nicht ausschließen dürfen, denen es vor allem

dank ihrer geschichtlichen Verbindung mit dem Königtum obliegt, daran mitzuwirken, daß das wahre soziale Königtum nicht zu einem Scheinwesen verknüppelt werde. Sie sollten aber auch nicht aus persönlichen Empfindlichkeiten heraus von einer solchen Mitwirkung ausgeschlossen werden. Fast scheint es, als läge diese Gefahr am nächsten. Sie würde sich freilich schwer rächen, und deshalb glauben wir, bei Zeiten vor ihr warnen zu sollen.

Die Revolution in Russland.

England geht in Russland aufs Ganze. Die Duma-Sektoren Lloyd Georges scheinen es zur neuen revolutionären Entscheidung treiben zu wollen. Die Anhäufung von Kofaken und Fischeressen in Petersburg und Moskau läßt keine anderen Schlüsse zu. Der Arbeiter- und Soldatenrat beam. die Lenin'sche Gruppe in diesem ist sich dieser Absicht augenscheinlich bewußt geworden und beginnt ihre Gegenmaßnahmen zu treffen. Folgende Meldung der Pet. Tel.-Ag. vom Sonnabend liegt vor:

Am 21. Juni nahm eine große Versammlung von maximalistischen Soldaten eine Entscheidung an, am 22. Juni eine

Ausdehnung der Armee gegen die einseitige Regierung

zu veranstalten. Am folgenden Tage ließen die Maximalisten folgenden Aufruf in den Straßen anschlagen: „Die Kapitalisten, die den Krieg forsetzen und die Not und Verarmung immer noch erhöhen, beschwören eine Generalrevolte herauf. Die einseitige Regierung untertänigen lassen die Macht der Imperialisten und Bourgeois. Unsere Geduld geht zu Ende. Wir müssen durch eine friedliche Ausdehnung unsere Wünsche und Forderungen zur Kenntnis bringen und fordern daher Soldaten und Arbeiter auf, auf die Straße hinauszugehen mit dem Sloganswort: „Nieder mit der Duma! Nieder mit den zehn bürgerlichen Ministern! Nieder mit der Anarchie! Nieder mit dem Krieg! Wir wollen Brot und Frieden!“

Infolge dieser Vorgänge ließ die einseitige Regierung nach einer Durchsicht heute früh in den Straßen der Hauptstadt einen dringenden Appell an die Bevölkerung, ruhig zu bleiben, anzuhören und erwidern, daß jeder Versuch einer Gewalttat fruchtlos unterdrückt werden wird. Auch der Kongress aller Soldaten und Arbeiterkräfte ganz Russlands, der Volkskongress des Bauernkongresses, sowie die Volkskongress der Sozialisten- und Arbeiterparteien ließen ihrerseits einen gemeinsamen Aufruf anschlagen, der die Soldaten und Arbeiter auffordert, nicht auf die Straße zu gehen und sich am 22., 24. und 25. Juni jeder Ausdehnung zu enthalten, wobei sie erklärten, daß Ausbreitungen nur dunklen Mächten und der Gegenrevolution nützen könnten, die nur auf den günstigen Augenblick warteten, um gegen die nationale Freiheit aufzutreten. Man wird wohl bald erfahren, wie der Appell verlaufen ist. Hat die Ausdehnung stattgefunden, so könnte sie den Entschluß zum Kampf zwischen der Lenin-Gruppe und der Regierung einleiten haben.

Schon 37 Republikan in Russland!

Die Absonderungs-Verhandlungen in Russland nehmen dem „Den“ zufolge einen bedrohlichen Umfang an. In allen Teilen Russlands erklären sich Provinzen, Gouvernements und Städte für unabhängig und erstrecken eigene Revolutions. Bis jetzt gibt es in Russland 37 verschiedene Republiken, die ihre eigenen Gesetze und ihre eigene Verfassung haben. Die schwerste, noch immer wachsende Gefahr droht von der Verkehrsmittelunterbrechung durch den Eisenbahnstreik und den Brotmangel. Die Bauern verstocken für Getreide und fetten es eher dem Verderben aus, ehe sie es abliefern. Das Geld ist entwertet. Papiergeld wird nur mit Misstrauen und Widerstreben genommen. Geld überhaupt beginnt wertlos zu werden, da man dafür bald nichts mehr kaufen kann. Alle Hoffnungen und Absichten beginnen zu scheitern und die Veruche zur Nationalisierung von Nahrungsmitteln sowohl wie von Kleidung, Wäsche usw. dürften bald am gänzlichen Mangel scheitern. Damit wäre der Grundstein einer neuen allgemeinen Auflehnung eingelegt und es wird begrifflich, wenn berichtet wird, alle erfahrenen russischen Antikommunisten hätten den Wunsch ausgesprochen:

„Gebt uns ein paar tüchtige Deutsche, damit wir aus dem Elend herauskommen!“

Bern, 25. Juni. „Journ. d. Deb.“ meldet aus Petersburg: Angehts der ersten Finanzlage hat der Stadtrat von Petersburg die Aufhebung der fälligen Güter und Immobilien angeordnet, die zur Beschaffung der notwendigen Mittel verpfändet werden sollen.

Der frühere Gouverneur von Finland und sein Adjutant wurden aus der Haft freigelassen, da sich die Haftlosigkeit der gegen sie erhobenen Anschuldigungen ergeben hat.

Die Gauverammlung der Bauernvertreter der Provinz Pensa beschloß die Aufstellung der Landereien, die bereits erfolgt ist.

Der Kongress der nationaldemokratischen Geographen in Tiflis beschloß, die Autonomie Georgiens zu fordern.

Berlin, 26. Juni. Vertriebenen Blättern zufolge habe der russische Kriegsminister den englischen Botschafter Buchanan auf das dringendste ersucht, seine Mission auf Wiedererrichtung des Pazentums endgültig aufzugeben.

Der „Allin. Ag.“ zufolge bringen die neuesten russischen Mächte eine ausführliche Meldung über Menteuren einer ganzen Division.

Nach vertriebenen Blättern sollen in Petersburg zur Aufrechterhaltung der Ordnung 20 000 Frontsoldaten eingetroffen sein.

Russische Soldaten und englische Offiziere.

Mien, 29. Juni. Aus Vemberg wird gemeldet: Gestern wurde ein schwerverwundeter englischer Offizier ins hiesige Offizierhospital gebracht, der erklärte: Nach einer mehrstündigen, von englischen und japanischen Offizieren geleiteten Artillerievorbereitung sollte in einem Wäldchen an der Lota-Ripa der japanische Angriff einbrechen. Der englische Infanterieoffizier bemerkt jedoch vergeblich, die von ihm befestigte russische Grabenstellung zum Ansturm u. Vorstoß vorzutreiben. Die russische Mannkraft weigerte sich entschieden, den Befehlen Folge zu leisten und die Schützengräben zu verlassen. Als der englische Offizier energisch aufzutreten begann, fiel die Munitivlast über ihn her und schloß er sich schließlich über den Graben hinaus ins Vorfeld, wo er beunruhigend blieb. Er wurde dann, noch beunruhigend, von österreichischen Soldaten gefangen genommen.

Ursachen einer russischen Offensive

Schreiben die „Wass. Nachr.“ vom 24. Juni: Man darf sich heute wohl die Frage vorlegen, ob die jetzigen Macht-haber der Allierten trotz ihrer Neben Interesse an einer baldigen russischen Offensive haben können, deren Scheitern sich mit ziemlich hoher Sicherheit voraussagen läßt. Es kann möglich sein, daß Brusilow aus der Überzeugung einige Armeen zusammenzubringen, die ausreißbereit wären. Wie aber würden sich die inneren Verhältnisse Russlands gestalten, wenn das Unternehmen mißlänge? Ein neuer, noch gründlicherer Zusammenbruch wäre unvermeidlich, der die jetzige Regierung untergehen ließe, und dann würde der gefährdete Sonderfrieden doch zustande kommen. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen die Allierten in die Entscheidung zu wünschen, daß es der Kraft Serenstis und Brusilows gelänge, die Massen zum Sturm mitzuführen.

Vom Kriege

Aus dem Westen

Eine Ansprache des Kaisers:

Es wird nicht isoliert gelassen!
 Berlin, 25. Juni. Ansprache des Kaisers bei einer Tappenzschau im Westen am 21. Juni 1917.
 „Amerade! Ich bin hierher gekommen, um Euch den Dank des Vaterlandes auszuspochen für Euer tapferes kämpfen und großes Aushalten wider den Feind. In allen Teilen der Weltfront, in einzelnen Teilen auch an der Ostfront habt Ihr Gelegenheiten gehabt, mit deutscher Zähigkeit und unerschütterlicher Tapferkeit in feinem Geistesvermögen dem Feinde Trost zu bieten und seine Wünsche und Hoffnungen zum Scheitern zu bringen.“

bringen! Männer aller deutschen Gauen und Stämme stehen hier treu bereit und sind entschlossen, dem Gegner auch weiter die Wege zu weisen. Ich spreche den hier versammelten Truppen meine volle Anerkennung aus für ihre Haltung, meine feste Zuversicht, daß sie wie bisher mit Gottvertrauen auch fernherhin, wo sie eingeklagt werden, ihre Pflicht tun werden und für das Vaterland den Frieden erkämpfen, den wir für unsere Väterlandung benötigen. Auch die Abordnung der Kavallerie befehle ich herzlich willkommen. Es ist den Schwabronen befohlen gewesen, im fernsten Osten zu zeigen, was tüchtiger Unternehmungsgewiss und schneidige Reiten und sorgliche Rangordnung vermögen. Die Kavallerie hat den alten deutschen Kriegergeist mit Glanz erneut in Rumänien bewiesen. Es ist mir eine besondere Freude, den Abordnungen der Regimenter hier meine volle Anerkennung auszusprechen, die auch den anderen Kameraden mitgeteilt werden möge. Ich treue mich im besonderen, das altbewährte Dragoner-Regiment Bayreuth von Hofenriedberg von neuem beglückwünschen zu können. Als ich die Schwabronen vorde in vorigen Sommer in Ploch nach Rumänien entsenden habe, da habe ich ihr den Befehl mitgegeben, unter allen Umständen, wo sie kein Möge, die alte Tradition hoch zu halten und wenn möglich neue Vorleben zu erlangen. Das Regiment hat den Erwartungen seines Obersten Kriegsraters entsprochen und Taten ausgeführt, die dem alten Heldentum im Eifer zum Preise gereichen. Möge es weiter so hieblein! Es wird nicht locker gelassen, bis ein glücklicher Friede erstritten ist!

Berbelebte englische und französische Anstrengungen.

Berlin, 25. Juni. Am 24. Juni und in der Nacht vom 24. zum 25. machten die Engländer an der Arasfront eine neue große Anstrengung, sich in den Besitz des jedes weitere Vorhaben flankierenden Les bogens zu setzen. Am 11. Uhr morgens rückte die 1. Division des 1. Armeekorps mit Artillerieunterstützung an. Im deutschen Schützengraben und Artillerieposten brach der Angriff blutig zusammen. Am Abend zwischen 10 und 11 Uhr erneuerten die Engländer den normierten festgelegten Versuch in großer Maßgabe. Südlich des Bogen brach der Angriff auf beiden Seiten des Sogebogens verlustreich zusammen. Auch der gefestigte Graben im Norden, westlich und nordwestlich von Hüllsch hatte keinen Erfolg. In erbitterten nächtlichen Kämpfen wurde der Engländer an den wenigen Stellen, wo er in die deutschen Gräben hatte eindringen können, wieder herausgeworfen. Er mußte hiesigen Opfer an Toten und Verwundeten zurücklassen. Auch die Besetzung des südlichen Grabens. Eine neuerliche Artillerieangriff machten die Engländer um 2.10 Uhr am Morgen des 25. Juni ein Stücken weiter südlich in der Gegend von Boos. Um eine kleine Abteilung konnte bis in den ersten deutschen Graben vorzudringen, allein sie wurde sofort wieder geworfen. Damit sind alle englischen Versuche, den Deutschen zu nehmen, der schon so schwere Opfer gekostet hat, wieder einmal gescheitert.

An der Aisnefront erschöpfen sich die Franzosen bei Baugailen in ergebnislosen blutigen Gegenangriffen gegen die Deutschen verlorenen Stellungen.

Wor der West-Osternoffensive der Entente?

Die schwerigsten Militärkritiker stellen in ihren seitherigen Kommentaren zur Kriegslage fest, daß sich auf der Westfront eine dauernd zunehmende Verschärfung der Kampfhandlung angekündigt macht, denen, trotzdem sie zunächst nur den Charakter feiner Bewegungen, die tiefe Bedeutung kennen sind. Die Militärkritiker halten den Beginn der Sommeroffensive an der Westfront für nahe bevorstehend.

Schwere Verluste der Franzosen.

Kauerlich angebundene Briefe geben über die Verluste der Franzosen bemerkenswerte Einzelheiten. Ein Soldat des Inf.-Regts. 10 schreibt: „Meine Kompanie wurde im August 1916 vor Verdun bis auf 10 Mann aufgerieben. Nach drei Monaten Ruhe folgten die unheimlichen Verluste an der Somme. Damit kamen wir nach Malen bei Champagne, das ein zweites Verdun für uns wurde. Wir hatten 700 Mann Verluste und so geht es weiter.“ — Ein anderer schreibt: „Mein Regiment hat am 18. April das Fort Brimont angegriffen. Dabei sind wir, wie weiß, nur sehr wenig vorangekommen, aber wir haben mehr als die Hälfte unserer Effectivkräfte verloren, und drei Batterien wurden außer Kampf gesetzt.“ Der Regimentskommandeur verurteilt. Bei meiner Kompanie fehlten allein 90 Mann. Alle Regimenter der 1. Korps, die angefallen, hatten ebenso wie die Division Marocaine furchtbare Verluste, dabei ist der Angriff vollkommen fehlgeschlagen. In den Stellungen spricht maner davon: „Ich bin sehr stolz auf die heldenmütigen Verluste, die die Truppen mehr und mehr zur Diszipliniertheit legen.“ Ein Soldat der 154. I.-D. schreibt am 18. 5. in seinem Tagebuch: „Morgen sollen wir angreifen, aber die Moral ist sehr gesunken. Alle sind fest entschlossen, wenn im Graben der Befehl zum Sturm gegeben wird, den Schußarm zu weigern, und ich selbst werde mich den Kameraden anschließen.“

Wassuth im Kabinett Lloyd George?

London, 25. Juni. (Indirect.) Den Hauptgesprächgegenstand der nächsten Woche bildet das gegenwärtige Frage des Eintritt von Wassuth in das Kabinett Lloyd George, der besonders mit Rücksicht auf die internationale Lage angeht. Anknüpfend hat man dabei eine moralische Wirkung auf die zünftige Demokratie und zugleich auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten im Auge, wo trotz aller Bemühungen nicht alles so geht, wie es in englischer Interesse wünschenswert ist. Es ist deshalb eine harte Stimmung dafür vorhanden, Aaquith zur Fortsetzung der Mission Ballouers als außerordentlichen Botschafter nach Amerika zu senden, wo gleichzeitig Nordcliffe in dem von ihm gegründeten großen englisch-amerikanischen Pressekongress seine Mittheilung.

Ueber die Stellung Nordcliffes

Keinen Unstimmigkeiten bemerkenswerter Art zu herrschen. Nach einer Meldung der „Times“ aus Washington erklärte Lord Northcliffe Laning gegenüber, er sei von dem britischen Kabinettsmitglied am Oberhaupt „Samuel“ Lloyd George Spezialmissionen in Amerika beauftragt worden. (1) Er würde ihre Tätigkeit leiten, mit den amerikanischen Beamten verhandeln und den verschiedenen Behörden in London Bericht erstatten. „Britisch Australasia“ vom 14. d. M. wendet sich indes mit Empörung dagegen, daß Lord Northcliffe mit einem Staatsauftrag nach Amerika geschickt worden sei. Er beschönigt, die ihn nicht kennen, erweise er als „Balfour“ für die Folgen, und das ist geradezu eine Beleidigung für diesen. Niemand ist in den führenden amerikanischen Zeitungen wegen seiner hyperbolischen Behauptungen über den Krieg früher getadelt worden, und nun vertritt ein Northcliffe-Großsprecher britische Interessen, erweise er als „Balfour“ einen geriebener Journalisten nach Amerika geschickt, der durch jenseitige brutale Auslegung der Presse mehr Geld gemacht und gleichzeitig mehr getan hat, den Ruf der Presse herabzuwürdigen, als irgend ein anderer Briten unter Zeit.

Man, es wird nicht anders, George steht viel zu tief in Northcliffe'schem Geist, um sich in abhängiger von keinem Wohlbewußten, als das er wagen wird, seine Ueberheblichkeit ernstlich zu dämpfen.

England muß sich gewaltig einschränken.

London, 25. Juni. Der englische Lebensmittellieferant Lord Northcliffe hielt gestern zu London eine Rede über die Lebensmittellieferanten des Landes. Eine langwierige Debatte, die sich in der Nacht fortsetzte, über die Gefahr besteht, daß wir dies selbst tun werden. Die Tätigkeit der Lebensmittel-Produzenten ist im Vergleich zu dem, was sie vor dem Krieg geleistet haben, gegenüber dem Mal eine wesentliche höhere U-Brook Werte aufzuweisen haben. Wir müssen unter der Bedingung der Produktion des Landes eine langwierige Vorkontrolle der vorhandenen Vorräte in sehr unbedingte erforderlich. Wir werden immer mehr abhängig von unserer eigenen Ernte. Jeder Monat vermindert unsere Vorräte. Es kommt darauf an, inwieweit wir uns selbst Brot beschaffen können. Sedenfalls muß jetzt schon mit 20 Prozent Einschränkung und möglichenfalls mit Krieg durch Kartellgesetz gerechnet werden.

Das ist ein Witz! Kartoffelmehl hat England noch viel weniger als Weizenmehl.

Kanadas Kauf gegen die Wehrpflicht.

Ottawa, 23. Juni. „Times“ meldet aus Ottawa: Pärde, der liberale Hauptkandidat, sagte im kanadischen Unterhaus, er könne Parliers Zulassung auf Volkswahl in Verbindung mit der Einführung der Wehrpflicht nicht unterstützen. Er meinte, die Wehrpflicht würde dann abgelehnt und die Wehrpflicht nach weiteren Abstimmungen nach dem Krieg eingeführt werden. Parde machte den Vorfall, daß zur Ausführung des Gesetzes alle Parteien den letzten Versuch machen sollten, die jungen Männer in Kanada zur freiwilligen Anmeldung zu bewegen. Es würden 100000 Mann gebräucht.

„Daily Tel.“ meldet aus New York, daß demnach eine beherrschende Ermächtigung der Staaten über den Ozean erachtet werde, und zwar als Folge der Unterhandlungen zwischen den Alliierten und Amerika. England und Amerika würden dann die Ozeanstraßen auf das gemeinsame Recht übertragen können (?).

London, 24. Juni. Nach dem „Observer“ kauft der kanadische Premierminister Borden mit, daß Kanada bisher 325000 Mann nach Europa geschickt habe; die Verluste betragen bisher ungefähr 90000 Mann, in den Munitionsfabriken arbeiteten über 300000 Mann.

Neue Revolution in Irland.

Cork, 25. Juni. (Neuter.) Am Sonntag machten Sinn-Freier bei einem Umzuge einen Angriff auf das Melrose-Klostergebäude. Es kam zu ersten Tritten, die Polizei griff überhand zu. Der heilige Steinhaug nötigte die Polizei zu drastischen Maßregeln. Ein Mann wurde durch einen Schuß getötet, ein Dutzend mit dem Bajonett verwundet. Die Anruhen waren um Mitternacht unterbrochen.

Englische Friedensverhandlungen?

Amsterdam, 25. Juni. Die „London Central News“ meldet, daß englische Werften und Reedereien im Begriff stehen, Vorbereitungen zur Wiederaufnahme des internationalen Handelsverkehrs für den Spätherbst zu treffen.

Die amerikanische Flotte in Irland.

Queenstown, 24. Juni. (Neuter.) Viceadmiral Baily, der einen Erlaubnisbesuch macht, ist durch Viceadmiral Sims von der amerikanischen Flotte ersetzt worden. Am ersten Male wird die amerikanische Flotte über dem Gewässer des englischen Admirals in Irland.

Englands Hand in Persien.

London, 25. Juni. „Times“ berichtet: Sir Percy Sates, der neuernannte Gouverneur für die persische Gendarmterie, ist in Teheran eingetroffen. Er wird wahrscheinlich gezwungen sein, britisch-indische Truppen „vorübergehend“ ins Land zu rufen.

Freimittliche englische Kritik.

Die englische Freimittliche Kritik vom 16. d. M. erklärt in einer Kritik der englischen Regierung: Wir möchten unsere Leser daran erinnern, daß wir von unrichtigen, reichen und professionellen Persönlichkeiten regiert werden, die von der Kritik nicht mehr zu helfen wissen als kleine Kinder. Selbst jetzt erwartet man von uns Freudentum, weil diese oder jene Anleihe gekürzt worden ist; aber es ist verächtlich, daß man uns so wenig über die Opfer sagt, mit denen wir andere Gewinne beschaffen haben. Als brave Bürger sollen wir uns jedoch freuen und erklären das selbst. Wellington hätte es nicht besser machen können. Wir beschauen, daß, wenn wir einen Napoleon gehabt hätten, wir uns nach und nach drei Jahre nicht mehr mit der Sicherung von kleinen Anleihen in ungemühter Nähe von Calais beschäftigen müßten.

Cardner macht in „Daily News“ vom 16. d. M. den Fall des Seemanns und Deutzerredes, die die Arbeit der Arbeiter in der Welt nach Irland verlagern, zum Ausgang von Betrachtungen über solche unverständlichen Tendenzen in der inneren Politik; Das ist die unverständliche und beschämende Anlage an die Regierung, welche wir je erlebt haben (?). Wohl ist es einmal eine Gruppe bereiteten an, dann sind es schließlich alle und die Folge davon ist die Anarchie. Sie bringen wir eine parlamentarische Regierung nicht, und sie hätte sie weniger Geltung. Wie vollständig sich die Regierung vom Parlament losgelöst und dieses zum Debattierclub gemacht hat, davon liefert uns jeder Tag Beweise. Die Feinde einer konstitutionellen Regierung mögen sich dessen freuen, aber wenn das Parlament seine Kontrolle nicht über die Regierung ausübt, wird sich eines Tages das Volk gegen die Regierung wenden. Die Würde des Mißtrauens sitzt in dem Gefühl, daß das Parlament zur freien Schale geworden ist, daß die Regierung in den Händen von einigen wenigen Männern ruht, die nicht vom Volk gewählt und kontrolliert werden und welche ein schlaues durchdachtes Bürokratisches System aufbauen.

Der Seehrieg

Wieder an 50 000 T. verheert.

Berlin, 25. Juni. (Anti.) Neue U-Boots-Erfolge im englischen Kanal, im Atlantischen Ozean und in der Nordsee: 24000 T. zerstört.

Unter den vertriebenen Schiffen befanden sich ein englischer Frachtdampfer, ein großer vierdecker durch Verhöhrer gefischter englischer Tankdampfer, ein bewaffneter Dampfer von 6000 T. und sechs aufsehender Stützboot, der aus Gletsitz herausgeschossen wurde, sowie zwei bewaffnete Dampfer, von denen der eine Palmöl und Saffran geladen hatte. Ein weiterer verlorener Dampfer hatte Erdenholz als Ladung.

Berlin, 25. Juni. (Anti.) Unsere Mittelmeer-Unterseeboote haben neuerdings 10 Dampfer und neun Seelen von insgesamt 28580 Br.-M. zerstört. Unter diesen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer

„Rallundbo“ (1500 T.), der italienische bewaffnete Dampfer „Ber“ (3507 T.) und ein unbekanntes deutsches Schiff von 4000 T. Die Ladungen der vertriebenen Schiffe waren für Göljen der Entente bestimmt und umfaßten 9400 Tonnen Kohle, 7100 Tonnen Eisen, 8800 Tonnen Treiböl, feiner Schießpulver, Olivenöl, Erbsen, Salz, Wein, Benzin und Schweißblei.

Berlin, 25. Juni. Nach einer „Times“-Meldung wurde von Jeroal aus die Vertiefung eines arabischen Dampfers durch ein deutsches U-Boot beobachtet. Die Jagd wurde von einem spanischen Fischerboot gerettet.

Der Krieg mit Amerika.

Lebensmittellieferanten in Amerika.

Notterdam, 25. Juni. Neuter berichtet aus Washington: Das Board of Control nahm mit 305 gegen 5 Stimmen die Vorlage an, wodurch der Präsident ermächtigt wird, die Verteilung der Lebensmittel und die Verteilung der Rationierung zu übernehmen. Für die Durchführung des Gesetzes werden 152 Millionen Dollar bestimmt. Auch die Vorlage, welche die Verwendung von Lebensmitteln zur Herstellung von alkoholischen Getränken verbietet, wurde nach einigen Veränderungen angenommen.

Der Versöhnungsbücher Willson.

Berlin, 25. Juni. Nach einer Meldung der „Times“ vom 18. Juni aus Washington wird durch das Vorgehen des Präsidenten in der Frage des Schiffsgesetzes und der Verteilung der Lebensmittelkontrolle, sowie die Verteilung weltlicherer Soldaten an Dover ohne gesetzliche Sanction als ein weiterer Schritt zu einer diktorischen Macht Willsons bezeichnet, wie sie die Geschichte der Vereinigten Staaten bisher nicht kannte. Der Korrespondent der „Morning Post“ erklärt, daß das Vorgehen des Präsidenten an den strengen Grundgesetzen der Verfassung gemessen werden sollte und die Präsidenten voranschritt heftiger Kritik ausliegen werden.

Caranza an Willson.

Frankfurt a. M., 25. Juni. Wie „Saves“ meldet, wird der Sekretär Caranzas dem Präsidenten Willson ein Hand schreiben überbringen, das über die Haltung Mexikos im Weltkriege Auskunft erteilt und ausbeendet, unter welchen Bedingungen Mexiko gewillt ist auf Seiten der deutschfeindlichen Verbündeten in den Krieg einzutreten. Diese Meldung scheint uns denn doch des höchsten Mißtrauens würdig!

Das freie Wort in Amerika.

Berlin, 25. Juni. „Times“ meldet aus New York: Der Führer der sozialistischen Aufwandsbewegung in Dublin vor dem Kriege, James Connolly, wurde in New York wegen einer Rede gegen die allgemeine Militärdienstpflicht verhaftet.

Aus dem Osten

Jonarth, der Entente-Verrath.

Paris, 25. Juni. „Times“ meldet aus Athen, dem Prinzen Nikolaus, dem Bruder des Königs Konstantin, sei mitgeteilt worden, daß die Entente nicht von der Dauer des Krieges, sondern von der Dauer der Verhaftung der Prinz sein Wohlstand, Griechenland unverkäuflich zu verkaufen.

Athen, 24. Juni. (Havas.) Der französische Oberkommandeur Jonarth hat sich mit dem Ministerpräsidenten Zaimis ins Schloss begibt und eine lange Unterredung mit dem König gehabt. Des Ministers soll zurückgetreten und Entlassung mit der Kabinetsmission verbunden sein.

Die Londoner „Central News“ melden aus Athen: Infolge der Vorgänge an dem Peloponnes haben die Alliierten mit der Auslösung von weiteren 200000 Mann in Europa begonnen. Wegen den kommenden Herbst, des Winteres, ist ein Verhandlung über die Abgrenzung der Peloponnes zwischen der griechischen Regierung auf dem Peloponnes und auf der Inseln erlassen worden.

Die Neutralen

Das Bedauern der Schweiz.

Berlin, 25. Juni. Heute abend empfing der deutsche Gesandte Baron Romberg den Besuch des Ministers Durand, der im Auftrag der schweizerischen Regierung ihm das tiefste Bedauern über den Genuß zwischenfall ausbrach und zugleich strenge Forderung der gegen Deutschland verübten Verletzungen in Aussicht stellte. Der deutsche Gesandte nahm von der Erklärung des Ministers Notiz.

Berlin, 26. Juni. Wie das B. T. meldet, hätten sich in Ungen 500 Vertreter der deutsch-schweizerischen Gesellschaften verammelt, um gegen die Ausschreitungen der Besatzung zu protestieren und die Hoffnung auszusprechen, daß Hoffmann als politischer Straftat bald wieder dem Lande nutzbar gemacht würde.

Verlamungsbefehle in der Weltgeschichte.

Nach schweizer Blättern haben die Vollstreckungsbehörden schweizerischer Städte auf Veranlassung der Bundesversammlung letzter Protestkundgebungen und Verlamungen wegen des Falles Hoffmann unterzogen.

Informationsdienst der Entente in der Schweiz.

Die „S. R. Nachr.“ schreiben: Von besonderem Interesse ist der Bericht des Britischer Korrespondenten des „Morning Post“ zum Falle Hoffmann, der u. a. hervorhebt: Die schweizerischen Diplomaten konnten auch bei dieser Gelegenheit nicht ungeschickter erweisen. Glücklich wohl haben die Entente in die dem Beweis gezeichnete in der Schweiz über einen so wichtigen Punkt, die strenge Forderung der schweizerischen und anderen Neutralen für immer die Quitt nehmen, die Rolle eines Friedensstifters auf Kosten anderer zu spielen. Hierzu sagt das „Morning Post“ Es wäre wirklich nötig, daß der Bundesrat jährlich dem Britischer Korrespondenten des „Morning Post“ einmal zur Verfügung stehe und ihn freundlichst mit einer Angabe über den so vollkommenen Informationsdienst der Entente in der Schweiz“ erlaube, über den der Berichterstatter soviel zu wissen scheint.

Ueber die Genfer Ausschreitungen

gegen das deutsche Konsulat schreibt Georg Bernhart in der „Welt“: „Deutschland hat sich vorläufig mit einem Ausbruch des Bedauerns des schweizerischen Departements am

Friede...
Militär...
Schweizer...
Genfer...
Ausschreitungen...
deutsches...
Konsulat...
Bedauern...
schweizerisches...
Departement...
am

Letzte Depeschen

Genesbericht.
Großes Komplementär, 20. Juni.
Wekflischer Kriegsschauplatz.
Genesbericht.
Genesbericht.
Genesbericht.

in den. Wir wollen jetzt endlich durch die Voren, was uns
eigenen Staatesminister eigentl. wollen. Und wenn
dabei einmal der Reichstag, unter Verzicht, so wenig er
die Presse, alle Nachrichten fallen zu lassen, um endlich et
mal das vor der breiten Öffentlichkeit zur Sprache zu
bringen, noch notwendig ist, um denen, die lesen wollen,
die Augen darüber zu öffnen, wofür der Kurs führt, den
wir auswendiglich steuern. Ein neuer Kriegswinter
ohne feste Ziele nach außen und ohne räthselhafte Taten
nach innen erscheint uns eine Unmöglichkeit.

Aus Stadt und Umgebung

Einführung des Gases und elektrischen Stromverbrauch
in Elst.
Das Oberkommando in den Marzen hat Schritte ein
geleitet, die demnach sich voraussichtlich auf das ganze
Reich erstrecken werden, um den Verbrauch von elektrischen
Strom zunächst auf 90 Prozent des früheren und ähnlich
auch den Konsum von Gas wesentlich einzuschränken. Man
kann natürlich in erster Linie den überflüssigen Verbrauch
zu unterdrücken, indes wird die Bevölkerung gut tun, dar
über zu wachen, das nicht wichtige Funktionen des Gewerbes
lebens durch unautonome Bestimmungen vom grünen
Fisch schwer geschädigt werden.

Ueberänderung in den Wählerverhältnissen.
Die Wollerei Schaffhäuser stellt den Verkauf von Woll
mit ab Wagen mit Ende dieses Monats ein. Dafür wird
vom 1. Juli ab im Laden Burhof, 14 von der Wollerei eine
zweite Verkaufsstelle eingerichtet.

Der Reichs- und Reichsanwalt
findet morgen bei Hofmann in der Oberen Breitenstr. statt.
Reichsanwalt.

In der nächsten Woche werden auf Zeugnisse Nr. 21
75 Gramm Rubel, auf Zeugnisse Nr. 22 75 Gramm
Erbsen und auf Zeugnisse Nr. 23 75 Gramm Kunsthaut
vertheilt.

Der Einmischender
wird in den nächsten Tagen vertheilt. Es kommen auf den
Kopf der Bevölkerung 3/4 Pfund.

Die Ausgabe der Milchfaktoren für Monat Juni
an die Versorgungsberechtigten erfolgt gegen Abgabe der
Sammlartarten für Monat Juni im alten Maßstabe in der
Zammfaktoren. Näheres siehe Bekanntmachung.

Kirchen-Veranst.
Der Verkauf der Kirchen aus den hiesigen Anstalten
beginnt heute abend 8 Uhr in den Verkaufsstellen auf
den hiesigen Marktplatz und wird in den folgenden Tagen
reihlich fortgesetzt. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vor
zeige des Lebensmittelfisches, und zwar werden auf den
Kopf der Bevölkerung ein Pfund Kirchen abgegeben. Der
Preis der Kirchen beträgt zunächst 25 Pf. für das Pfund.

Grümpf.
Im morgigen Mittwoch wird auf den Kopf der Bevölke
rung 1/2 Pfund Grümpf abgegeben.

Vorlage-Berichterung gegen Brandstiftung.
Eine diebstahl. Veranlassung befindet sich im heuti
gen Antragsentwurf unteres Wollens, worauf wir unsere Leser
besonders aufmerksam machen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein
hält am nächsten Freitag eine Hauptversammlung im „Hol
den Mond“ abends 8 Uhr ab.

Ferien-Verkehr.
Ferien-Verkehr mit Preisermäßigung werden in
diesem Jahre nicht befördert. Dagegen werden da, wo es
zur Abwicklung des Verkehrs erforderlich ist, Sonderzüge
mit beschränkter Wagenzahl gefahren werden. Für diese Züge
werden Fahrkarten nur im Vorverkauf abgegeben.

Ueberänderung der Personalie bei Wohnortwechsel.
Bezüglich der Ueberänderung der Personalie oder der
Wohnortänderung, das am früheren Wohnort eine Personalie
für den Antragsteller nicht angelegt worden ist, wird
nach der Ueberänderung durch den Verbraucher nur bei
der Behörde des früheren Wohnortes gestellt werden können.
Diese Auffassung entspricht nicht dem Sinne der Bekannt
machung vom 14. April 1917. Diese mit der Anord
nung, daß die Ueberänderung nur auf Antrag des Verbrau
chers zu erfolgen habe, schließlich zum Ausdruck bringen,
daß die Ueberänderung nicht von „Antragsteller“ sondern erst
dann zu geschehen habe, wenn der Verbraucher einen dafin
gehenden Antrag stellt. Ist demnach die Ausfertigungs
stelle des neuen Wohnortes bereit, den Ueberänderungsantrag
des Verbrauchers selbst entgegenzunehmen und an die zu
rändige Behörde des früheren Wohnortes zu übermitteln,
so haben die Ueberänderungsstellen die Pflicht zu setzen,
daß der Ueberänderungsantrag, der dem Verbraucher im
derartigen Ueberänderungsantrag der Ausfertigungsstelle
des neuen Wohnortes zu entsprechen.

In dem Ueberänderungsantrag an die Behörde des frü
heren Wohnortes ist nicht nur der Name des Verbrauchers,
sondern auch die im früheren Wohnort innegehabte Wohn
ung anzugeben.

Die Abstellung im Baboer.
Die Ausfertigung von Zeugnissen erfolgt nach den
Bundesgesetzgebungen vom 10. Juni 23. Dezember 1916
durch die Behörde am Wohnort des Antragstellers. Als Wohn
ort im Sinne dieser Bestimmung gilt aber nicht der Ort, an dem
sich der Antragsteller nur vorübergehend, z. B. zum Zwecke der
Erholung, einer Wadefahrt und dergl. aufhält. Während eines
nur vorübergehenden Aufenthaltes kann die Ausfertigung von
Zeugnissen (z. B. auf Zeugnisschein, Wadefahrt) nicht
durch die Ausfertigungsbehörde des Aufenthaltsortes, sondern
in der Regel nur durch die Ausfertigungsstelle des Wohnortes
erfolgen. Nur in Dringlichkeitsfällen ist die Ausfertigung von
Zeugnissen auch durch die Behörde des Aufenthaltsortes
gestattet.

Bunte Reizung

Ein neuer Triumph von Wissenschaft und Kunst?
Wien, 25. Juni. Die „Morgen“ berichtet, zeigte der
Zürcher Chirurg Professor Sauerbruch in der letzten
Sitzung der Gesellschaft der Ärzte ein von ihm entdecktes Ope
rationsverfahren an, welches bemerkbar, wirksam beweg
bare Ergänzglieder für abgetrennte Glieder mit Hilfe
lebender Krakenquallen herzustellen.
Man wird Häheres abwarten müssen, um den Wert dieser
Sensationsnachricht beurteilen zu können.

Wettervorhersage

Mittwoch, 27. Juni: Hochdruck, Bewölkung, etwas
Nebel, Kälte, etwas Regen.

Bei Bagajon lag hartes französisches Feuer an
den feinen Rängen am 20. und 21. Juni seit in unferer
Ganz befindlichen Gräben. Nach lebhaftem Feueramp
griffen die Franzosen nordwestlich des Schloßes Auzer
bije die von uns neu gemauerte Befestigung an. Der
Sagane brach hoher Berste, die keine Sturmwehen
in unferer Feuergräben, an einigen Stellen in unferer
Linie ein. Ein sofort eingehender Gegenangriff warf ihn
am höchsten Teil wieder hinaus. Die Artillerieabteilung
war auch in anderen Abschnitten der Linie und Cham
pagnerfort bei anderer Licht recht lebhaft. Ein Stoßtrup
unternehmlich tödlich von Lahore führte zum beachtlichen
Erfolg.

Armee des Generalleutnants Gerasch Albrecht
von Bartenberg
Nicht Belobertes.

Mittwiler Freiherr v. Nischkowsky hat in den letzten
Tagen seinen 54. 55. und 56. Geburtstag gefeiert.
Sein 90. Geboer im Kampf befiel.

Wekflischer Kriegsschauplatz.
Schwäbische von Ruc und zwischen Struga und Ankele
hiet die rege Kampfthätigkeit an. Mehrfach wurden russische
Streitabteilungen zurückgeschoben.

Magdonische Front.
Die Ruc ist unverändert. In Verfolgungsgeschehen
bestehen die Bulgaren die Oberhand.

Erster Generalantriebsmeister Endenborff.
Strafliche und ukrainische Unabhängigkeits
bewegung.

Stockholm, 24. Juni. Die als Schriftsteller auf den
Frischen, hohen Wissen und Durchschaffungen, Kriegen
haben wie auf Kommando die Arbeitsstätten verlassen und
sich nach der heimatischen Städteüberlassungen begeben, so
daß die gesamte wehrfähige Schicht eingekleidet werden
müßte. Die Direktion der wehrfähigen Dampfstraßen
gesellschaft drückte an den Verkehrsminister Petrasoff,
daß die Kriegerstruppen seien feierlich entlassen, ihre Un
abhängigkeit von Rußland zu proklamieren und nicht
genötigt mit Gewalt zu ergründen. Selbstständig von Omsk
sammelten sich besetzte Krieger, deren Anzahl be
trug auf 10000 Mann Fußvolk und Reiter befielert wird.
Wo die Krieger ihre landwirtschaftlichen Produkte nach auf
die Märkte bringen, weigern sie sich, Befragung in russischen
Bauernhäuser anzuweisen und sind nur zum Verkauf bereit.
Diese separatistische Bewegung breitet sich rasch nach
Westen und Südwesten aus und bereits die Steppen
regionen links der Wolga nach Astrachan und Drenburg an
ergriffen. Der gänzliche Mangel an russischen Truppen in
den betreffenden Gegenden erleichtert die Bewegung. Die
russische Bevölkerung wurde von einer Panik ergriffen.
Obwohl sich die ukrainische Bewegung, die ukrainische Komit
tee Petersburger Regierung als Feind erklärt habe und die
ukrainische Heeresliste nicht zur Front sende, damit die
Ukraine nicht des Schutzes beraubt. Der ukrainische Mil
itärkongress beschloß die bewaffnete Wehrung sämt
licher Willen der Reichsbank und der Wirt
schaft zu zerstören und die ukrainische Armee. Die ukrainische
Regierung unterließen. Die von Kiev nach Petersburg ge
richteten Forderungen tragen die Form eines Ultimatum
und verlangen erlischt die feierliche Verkündigung
der Selbstständigkeit der Ukraine, zweitens sofortige
administrative Verkennung der 12 ukrainischen
Gouvernements von Petersburg, drittens Verkennung
des ukrainischen ukrainischen ukrainischen Armee. Die
Forderung wurde von Petersburg abgelehnt. In Kiev
herrschte nach den Petersburger Wählern große Unordnung.
Den ganzen Tag finden Massenemonstrationen statt, an
denen viel ukrainisches Militär teilnahm. In den Haupt
städten wird in Wandern zum Kampf gegen die
Ukraine zu kämpfen. Die ukrainische Armee wird
jetzt „Don, Stab“ für die nächsten Tage zu
erwarten von entscheidender Bedeutung an.

Englisch-polenischer Kartellvertrag.

London, 26. Juni. Unterhand. Wird es am Tage in
Beziehung des Kartellvertrages, mit dem die
einige Abkommen getroffen, um England die Kartell
ernte zu sichern, von der er hoffe, daß sie vor der en
glichen Kammer verlesbar sein werde.

Donau-Laus eisener Stirn.

London, 25. Juni. (Unterhand.) Ruch freute, ob
das Deutsche Büro transchende gelobte oder sonstige
Unterstützungen von der Regierung erhalte, ob
seine Maßnahmen irgendeiner Ueberwachung oder An
weisung von Seiten der Regierung unterliegen und ob die
Zensur der Neutermedien in geschäftlich werde, daß sie
eine besondere Prüfung haben. Von der Kammer an
das Deutsche Bureau umfänglich keine Unterhaltungen
von der Regierung und die Regierung greift in keiner
Weise in die Unabhängigkeit dieses Dienstes ein. Auch
wird in diesen Verhandlungen keine Zensur ausgedrückt,
die nicht auch für andere Nachrichtenbureau und
auch für die Seemanns Anordnungen habe.

Nationalierung der Rentalen.

Washington, 25. Juni. (Reuter.) Wilson hat durch eine
Ausführungsverordnung einen Befehlsgewalt erhalten zur
Durchführung der Beschlüsse der Nationalen Rat
nationaler Einigungsgesetzes. Ein Plan zur Natio
nalisierung der europäischen Neutralen ist ausgearbeitet
worden und soll jetzt in Wirksamkeit umgesetzt werden.
Die ersten Waren, auf die das Gesetz angewendet werden soll, werden
Kaffee und Getreide sein.

Die Steuergründe in Rußland.

London, 25. Juni. Nach einer Meldung Reuters aus
Petersburg unterbreitete der Finanzminister der Zarischen
Regierung Gesetzentwürfe betreffend die Erhöhung der
gelegentlichen Einkommensteuer bis auf 30 Prozent auf
Einkommen, die 40000 Rubel übersteigen, und Erhöhung
einer Kriegsgewinnsteuer von 70 auf 90 Prozent.
Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Freien gegeben. Wir wissen, daß dieses Bedauern in der n
Freien gemeint ist. Und, da wir die sehr eigenartige und
kurzer Tage der Schweiz durchzuführen würden, so liegt
uns nicht näher, die Schweiz gegen die Schweiz zu ver
wehren, sondern das eine verlangen, daß die Schweiz
von allen Seiten mit gleichem Maße mißt. Wenn
auf der einen Seite die einseitige Behauptung Englands,
daß ein Bundesrat englische und französische Interessen
versteht hat, bereits genügt, diesen Bundesrat an beiden
und auf der anderen Seite die französische Behauptung,
daß ein Bundesrat die Interessen der Schweiz vertritt,
in ungenügender Weise zu berücksichtigen ist, so ist die
Einigung in ungenügender Weise zu berücksichtigen ist,
daß eine Ungleichheit der Bewertung der freiziehenden
Parteien, die für uns alles weniger als schmerzhaft ist.
Man kann ja, wenn man sehr wohlwollend ist, darin
eine Verbindung unserer Vermittlung im Gegensatz zur
Vermittlung der Entente sehen. Aber in der Vertung
von Wollern zu einander spielen Vermittlung keine Rolle.
Sondern es bleibt schließlich immer nur die Abstim
mung der Macht übrig.
Dabei liegt es uns fern, der Schweiz aus ihrem Ver
halten einen Vorwurf zu machen. Denn jeder Staat ver
halten natürlich, so aus allen Verhältnissen in schichten
Rückes wie man immer auszuwerten. Die Schuld
liegen in diesem Falle bei der deutschen Re
gierung. Wir billigen es durchaus, daß die deutsche
Regierung nicht aufgegeben hat. Aber wir wun
dern uns im höchsten Maße darüber, daß sie nichts ge
tan hat, um rechtzeitig die englischen Ansprüche in der
Angelegenheit des Rhein-Bundesrat an beiden
Gaußbühlens zu berücksichtigen, der die demnach zu
kommend, wird sich mit dieser Sache ausführlich zu be
schäftigen haben. Es geht unferes Erachtens nicht mehr an,
daß in Europa die Staaten der Entente ein interna
tionales Schiedsgericht etablieren, und daß
Deutschland mit einer bedeutenden Vermittlung ge
schickter allen Angelegenheiten der Entente sich im Hinter
grund hält. Es gibt ja kaum noch ein lauberes Bündnis,
das in Paris, oder in London, oder in Rom ausgeführt wird
das nicht zu vollem Erfolg führt, weil die Dinge lange ge
schoben sind, wenn man bei uns anfängt, sie sich zu über
legen. Wer sich nicht zum Wort meldet, der kann sich nicht
behalten, wenn er nicht zum Wort meldet. Es ist ja sehr leicht
nur die Erwägung angeht worden ist, wie etwa der
Kaiserin Hoffmanns in Deutschland wirken
sönne. Und es ist noch zuzugedenken, daß in durch
nicht bedeutungsvollen Schweizer Wählern die Fortsetzung
aufgehört werden konnte, man würde als einen Mann nehmen
müßte, der bei der Entente die nötige Weltbewei
lung besitzt. Diese unerhörte Zustimmung ist ja erhellend
selbst in einem so wenig freundschaftlichen Bündnis wie der
„Neuen Zürcher Zeitung“ zurückgewiesen worden. Aber
daß es etwas abgelehnt und nicht einmal mit dem Ein
druck auf den Einbruch in Deutschland zurückgewiesen wurde,
spricht Bände.
Vor unferer militärischen Kraft und vor allem,
nach das deutsche Volk in diesem Kriege geteilt hat, besteht
im ganzen Auslande eine mächtige Bewunderung.
Aber wir haben nicht schon darauf hingewiesen, daß un
serer bewußten, es auch in unferen eigenen Angelegenheiten
die Welt gesehen haben, die militärischen Maßnahmen zu
unterstützen und sowohl im Innern als auch im Auslande
die Stimmung zu erwecken, die unferer eigenen Lage und
unferer militärischen Kraft entspricht. Wir lassen über
haupt keine Gelegenheiten vorbegehen, um als die braven
Krieger zu erscheinen, auf die Köhnen unsere Feinde sich
eben Vergewagen können.
Ein treffendes Beispiel für die Mäßigkeit dieser Ver
handlung ist der neue Fall Mercier. Eine gegen
Ende Mai begannen in den französischen und englischen
Militären, besonders aber in der französischen Presse,
Aufheben zu erheben, in denen die französische Armee, die
Schweizer vertrieben, in Deutschland Interesse einen
Katholischen Kriegsbefehl zusammenzubringen, nachdem
die zunächst nichts getan hätten, als die Deutschen Belgien
vertrieben. Bei ihrem Vorgehen gegen dieses Verhalten
der deutschen Katholiken berief sich die französische Presse
auf einen neuen Streitpunkt, es sei Kardinal Mercier,
der sich in Belgien aufhalten würde, und daß
nicht geschlossen werden dürfe, bevor die Schulden bezahlt
seien, Ruhe getan und die Ruhe auch ruhig auf sich ge
nommen hätten. Ueber diesen Brief ist in der belgischen
Presse ganz ausführlich schon seit einigen Tagen geschrieben
worden. Wir wissen aber trotzdem bis heute amtlich noch
nichts darüber, ob dieser Brief existiert, ob ja, und falls
wäre, die Regierung in dieser Angelegenheit
hätte eigentlich nun zu tun gehabt. In der Brief
verbal, so handelt es sich nicht um einen Fall von Ober
verrat. Und es ist unferes Erachtens für das deutsche Volk
von höchster Wichtigkeit, zu wissen, ob wir zu etwas wirklich
Mitteln können, halber.
Wir erwägen den Fall Mercier hauptsächlich deshalb,
weil er für die Beurteilung unferer Kraft und Entschlossen
heit im Auslande von höchster Bedeutung ist. Wenn der
Kardinal Mercier lebt in Belgien, er ist ein Kirchen
fürst und man hält ihn aus beiden Gründen im Auslande
nordwärts für einen schmerzlichen Kronzeugen für
Deutschland und Genuß. Die Vermutungen, die von
Frankreich, besteht aus dem Diktierlich, ausgehen, vergiften
die Meinung Europas gegen uns. Aber wir tun nichts,
um diese Meinung zu entgiften. Man denke doch nur ein
mal an die Wirkung, die solche Dinge in Auslande
haben müssen: Die Engländer sind nicht die der Arbeit,
den Frieden zu verhindern. Der Fall Hoffmann ist so
daß sie das russische Volk unter Zensur stellen, daß
die den Versuch machen, den wirlichen Charakter unferer
Friedensangebote zu verschleiern. Es haben dies we
ter in der Welt und besonders in Deutschland die russi
schen Zustände zu herbeiführen, als ob dort vollkommen An
sehen und Bewunderung der deutschen Armee, die
Reuter und Gova wissen auch wieder von der Bedeutung
des Kriegsrisikos über Petersburg zu berichten. Niemand
vermag zu sagen, ob das diese Äußerungen sind oder ob es sich
hier nicht bereits um das Ergebnis neuer Verwirrungen
handelt, die England in Auslande ansetzt. Und nun lösen
wir mit aus den Engländern, daß das letzte Mittel in der
Hand dem russischen Volk vor die Augen zu bringen
— gefährt durch das Kronzeugnis des Kardinals Mercier
— fürst einzuzeigen. Wir fangen allmählich an, die To
lenlosigkeit unferer Staatsminister überhaupt nicht mehr zu
verhehlen.
Wir müssen uns doch nun allmählich klar darüber sein,
daß dieser Krieg militärisch, wenn überhaupt jemals, so erst
nach der Zeit zu beenden. Die Zeit ist nicht mehr
bedeutend, daß die Staatskunst zu sprechen. Die deutsche
Staatskunst aber hat bis jetzt versagt. Sie hat
den entscheidenden Augenblicke entweder die Gelegen
heit verpaßt, oder sie hat gerade das getan, was man nicht
in der Hand. Sie ist auch jetzt wieder auf dem besten Wege,
weil sie wieder zum ersten Male, daß es nicht finden
wäre, eine der besten und wichtigsten Gelegenheiten ver
paßt. Der Weltkrieg hat unferer die heilige
Verpflichtung, endlich einmal Politik zu

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Deutscher Gesandtenwechsel in Christiania.

Christiania, 25. Juni. Morgenblatt meldet aus Berlin: Der kaiserliche Gesandte M. Gabel... tritt zurück und wird durch den bisherigen Gesandten in Peking, von Binke, ersetzt werden.

Dieser Wechsel ist sehr zu begrüßen, da die bisherige deutsche Vertretung in Norwegen sich als vollkommen unzureichend erwiesen hat.

Hamburger Verfassungsänderung.

Die Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien und Interessengruppen in Hamburg über die Änderung des Hamburger Wahlrechts haben dazu geführt, daß die Beratung darüber von dem Senat und Bürgerchaft gemischten Kommission übertragen worden ist. Diese hat, der „Voll. Ztg.“ zufolge ihre Beratungen über die Reform des Bürgerchaftswahlrechts soweit gefördert, daß sie die Beseitigung des im Jahre 1906 in Hamburg eingeführten Klassenwahlrechts beschließen hat, so daß diese Maßnahme voraussichtlich schon in den nächsten Tagen erfolgen wird. Es wird sich dann weiter um die Reform der sog. Präzedenzwahlen handeln, aus denen die Hälfte der 100 Sitze der Bürgerchaft besetzt wird.

Ausland

Die Tiroler Christlich-Sozialen bleiben ultramontan.

Wien, 25. Juni. Die Kor. Austria meldet: Der Klub der Christlich-Sozialen Reichsratsabgeordneter Tirols beschloß einseitig, an der vom Deutschen Nationalverband vorgeschlagenen Bildung eines künftigen Abgeordneten Ausschusses der Tiroler Christlich-Sozialen aus politischen und programmatischen Gründen nicht teilzunehmen. Ebenso einseitig sprachen sich sämtliche Klubmitglieder dahin aus, daß alle staatsrechtlichen bürgerlichen Abgeordneten sich zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit im Parlament zusammenfinden sollten.

Clam-Martinis Generalgouverneur von Montenegro.

Wien, 25. Juni. Das N. Wien. Tagbl. meldet: Der scheidende Ministerpräsident Graf Clam-Martinis, der Kaiser zum Obersten ernannt wurde, ist wie verlautet, für den Posten eines Generalgouverneurs von Montenegro mit dem Sitze in Cetinje aussersehen.

Sitzung der Stadtverordneten

Merseburg, 25. Juni.

Einführung des neuen Stadtrats Leitmann. Alle Vorlagen angenommen. Gegen und für die Mitarbeit der Presse in kommunalpolitischen Fragen. Gegen die Wohnauslast.

Anwesend waren 18 Stadtverordnete. Der Magistrat war vertreten durch Ersten Bürgermeister Herzog und die Stadträte Barth, Berger, Blankenburg, Fiele, Leitmann, Schmidt, Stadtvorsteher Landwehr. Die Sitzung wurde durch den Magistrat eröffnet. Der Erste Bürgermeister führte das neue Magistratsmitglied in sein Amt ein, indem er Stadtrat Leitmann mit etwa folgenden Worten begrüßte, daß dieser schon als Stadtvorordneter die Verwandlung Merseburgs in eine Industriestadt mit angehen habe. Leitmann dankte für die Begrüßung als Stadtvorordneter habe er mit neuem Fleiß und unermüdetem Eifer gewirkt. Und die Pflichterfüllung ist es gewesen, die die Stadtvorordneterversammlung veranlaßt, Herrn Leitmann in den Magistrat zu entsenden. Das Amt eines Stadtrats ist ein Ehrenamt, das die gesamte Tatkraft, die einem Menschen noch außer

keinem Berufe übrig bleibt, in Anspruch nimmt. Sodann überreichte der Bürgermeister dem neuen Magistratsmitglied nach Aussage des Vorsitzenden die Beglaubigungsurkunde. Auch Landwehr brachte als Stadtvorsteher die Bekräftigung der Wahl des Stv. Leitmann zum Stadtrat. Er führte u. a. aus: „Sie sind ein lieber, alter Bekannter, der zum Nutzen unserer Stadt unter uns viele Jahre gewirkt hat. Ich hoffe Ihnen für Ihre Tätigkeit. Wir bedauern zwar Ihr Abschied, wir freuen uns aber, daß Sie jetzt mehr als früher zum Nutzen der Stadt wirken können. Ich wünsche, daß Sie in Ihrem neuen Amte innere Befriedigung und recht viel Freude erleben mögen.“ Stadtrat Leitmann dankte mit den Worten, daß es sein Streben sein solle, seinen Dienst in die Tat umzusetzen und an seinem Teil am Weitergehenden unserer Stadt beizutragen.

Ferner gab Stadtvorsteher Barth bekannt, daß die Mitglieder der Stadt- und Markt- und Reglementationsräte, der beiden Herren für ihre bisherige Arbeit dankt, bekräftigt ist.

Punkt 2 der Jahresrechnung war die Entlastung der Jahresrechnung.

a) der Wirtens- und Waisenkasse (Berichterstatter: Stv. Schenke) und

b) der Ansehenskasse (Berichterstatter: Stv. Bernede). Die Entlastung wurde erteilt.

Ueber unwesentliche

Änderung der Gebühren für Armenbegünstigte berichtete Stv. Hütel. Die Vorlage wurde bewilligt. Punkt 4 der Tagesordnung war

Verpflichtung des früher Mansfeldischen Planes (Berichterstatter: Stadtv. Vorst. Vothke), der bewilligt wurde.

Ueber die folgenden drei Punkte berichtete Stv. Dietrich. Die erste dieser drei Vorlagen verlangt die Beschaffung eines Kachelofens, das bisher von Halle geliefert wurde. Dieser Zustand ist jedoch unhaltbar. Zur Beschaffung des Kachelofens wurden 500 Mark bewilligt. Weiter wurden 265 Mark zur Beschaffung eines Kachelofens und weitere 1200 Mark für die

Errichtung von 200 Meter Hochspannungsfreileitung in der Naumburgerstraße bewilligt.

Die Einrichtung von elektrischer Beleuchtung wurde gemäß der von uns bereits veröffentlichten Vorlage genehmigt. Es wurden zu diesem Zweck 2500 Mark und außerdem auch für die Verlegung des Erdgeschloßes mit elektrischer Beleuchtungsanlage 750 Mark bewilligt. Berichterstatter zu diesem Punkt war Stv. Landeshauptmann Huppert.

Bei dieser Vorlage führte auf eine Anfrage der Erste Bürgermeister aus, daß der Magistrat bekräftigt sei, um den Gasverbrauch der Bürger sicherzustellen, den Gasverbrauch der größeren Unternehmungen zu beschränken. Die kriegswichtigen Betriebe sei dies allerdings unmöglich. Die Hauptfrage sei, daß genügend Kosten vorhanden sind. Der Magistrat bekräftigt, einen Vorrat für den Winter anzuhäufen, doch hätte er nicht einen einzelnen Zentner Brennstoff erhalten. Es ist auch zu erwarten, daß hinsichtlich der Kohlenbedarfsminderung, die sehr hochgehoben ist, unserer Stadt nur 20 bis 30 Prozent des Bedarfs zugebilligt werden. Weiterhin sei zu hoffen, daß die Gasanlage bevorzugt würde, da sie der Allgemeinheit dienlich ist. Die elektrische Beleuchtung sei insofern vorzuziehen, da sie zuverlässiger und billiger ist. Das Elektrizitätswerk hat den Jahresverbrauch an Gas im Vorjahre 1246,40 Mark gezahlt worden sind. Da die Behörden auch kriegswichtigen Betrieb

find, so müßte das Wert nach Möglichkeit seinen Verhältnissen nachkommen.

Einen ganz verwerflichen großen und harten Nachschuß verurteilte die Debatte des 8. Punktes der Tagesordnung

Nachträgliche Genehmigung der Beschaffung eines 8. Kachelofens im Krankenhaus.

Berichterstatter war Stv. Franzen. In der Debatte sprach Stv. Fuhrer Schölk, an die der Vorstand der Magistratsvorlage, in dem er einen Vorwurf gegen Regierungsrat Dehne, der seinerzeit als Stadtrat die Wohnhausfragen erledigt hatte, erwiderte, in die Presse gelangt sei. Erster Bürgermeister Herzog entgegnete, daß die Information der Presse über Magistratsvorlagen, die der Stadtverordnetenversammlung zugehen, von ihm auszugehen und die Mitwirkung der Presse in kommunalpolitischen Fragen nur bekräftigen könne. Eine Stellungnahme gegen den Regierungsrat Dehne habe ihm völlig fern gelegen. Stv. Schölk fand dieses Verfahren neu und höchst bedenklich. Auch Stadtvorsteher Landwehr äußerte sich, wenn auch nicht gegen Dehne — für seine sorgfältige Ausübung der Pflichten. Vor allem sei es zu vermeiden, daß Aussagen, die evtl. in geheimer Sitzung verhandelt wurden, an die Öffentlichkeit kämen. In der weiteren Besprechung dieser Frage stellte der Erste Bürgermeister nochmals fest, daß es die arden Berlethe des Regierungsrats Dehne als Stadtrat vollst. würde und die veröffentlichte Vorlage nicht den persönlichen Vorwurf gegen den damaligen Dehnen enthalte. Die Beziehung zu der Vorlage sei aber notwendig gewesen, da zur Zeit der Besprechung dieser Frage keine Anhaltspunkte zur Auffassung vorhanden waren. Für die Mitarbeit der Presse im Bereich der kommunalpolitischen Gebiete Schwierigkeiten bestehen nicht. Gerade in dieser heissen Zeit ist es Pflicht der Presse, die Bevölkerung, nicht nur die Stadtvorordneten, über wichtige bevorstehende Entscheidungen auf dem kommunalpolitischen Gebiete aufzuklären. Aber auch für die Stadtvorordneten kann eine vorübergehende Veröffentlichung der Magistratsvorlagen nur annehmbar sein, da sie sich dann weitgehend noch vor der Sitzung über die Vorlagen selbst und die Meinung der Bevölkerung informieren können. Wir können das Verhalten unseres Ersten Bürgermeisters nur gutheißen und bedauern sehr, daß die Gegenmeinung, die der Allgemeinheit nur schadet. Außerdem möchten wir noch darauf hinweisen, daß in den meisten Städten die Presse auch die Beschaffung der gemeinsamen Sitzungen übermitteln erhält. Es wäre doch bedauerlich, wenn in den geheimen Sitzungen nur Sachen verhandelt werden, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen müßten, das nicht einmal das Resultat unserer Versammlung mitgeteilt wird.

Als zweiter Punkt fand auf der Tagesordnung die

Änderung der Gebührenordnung des Kachelofens. (Berichterstatter: Stv. Fuhrer Schölk.) Die Vorlage wurde in der von uns bereits im 5. Artikel „Von Stadt und Land“ veröffentlichten Form angenommen. Eine kleine Änderung wurde nur insofern getroffen, als die ermäßigten Heizgebühren nicht nur für Kranke mit einem Einkommen bis 4000 Mark, sondern bis 4500 Mark gelten sollten. Punkt 11 der Tagesordnung war die

Änderung der Gebührenordnung des Kachelofens. (Berichterstatter: Stv. Fuhrer Schölk.) Die Vorlage wurde in der von uns bereits im 5. Artikel „Von Stadt und Land“ veröffentlichten Form angenommen. Eine kleine Änderung wurde nur insofern getroffen, als die ermäßigten Heizgebühren nicht nur für Kranke mit einem Einkommen bis 4000 Mark, sondern bis 4500 Mark gelten sollten. Punkt 11 der Tagesordnung war die

Änderung der Gebührenordnung des Kachelofens. (Berichterstatter: Stv. Fuhrer Schölk.) Die Vorlage wurde in der von uns bereits im 5. Artikel „Von Stadt und Land“ veröffentlichten Form angenommen. Eine kleine Änderung wurde nur insofern getroffen, als die ermäßigten Heizgebühren nicht nur für Kranke mit einem Einkommen bis 4000 Mark, sondern bis 4500 Mark gelten sollten. Punkt 11 der Tagesordnung war die

Änderung der Gebührenordnung des Kachelofens. (Berichterstatter: Stv. Fuhrer Schölk.) Die Vorlage wurde in der von uns bereits im 5. Artikel „Von Stadt und Land“ veröffentlichten Form angenommen. Eine kleine Änderung wurde nur insofern getroffen, als die ermäßigten Heizgebühren nicht nur für Kranke mit einem Einkommen bis 4000 Mark, sondern bis 4500 Mark gelten sollten. Punkt 11 der Tagesordnung war die

Änderung der Gebührenordnung des Kachelofens. (Berichterstatter: Stv. Fuhrer Schölk.) Die Vorlage wurde in der von uns bereits im 5. Artikel „Von Stadt und Land“ veröffentlichten Form angenommen. Eine kleine Änderung wurde nur insofern getroffen, als die ermäßigten Heizgebühren nicht nur für Kranke mit einem Einkommen bis 4000 Mark, sondern bis 4500 Mark gelten sollten. Punkt 11 der Tagesordnung war die

Die Briefe der Prinzessin.

Von G. Ph. Oppenheim.

(Nachdruck verboten.)

11)

„Hörst du schüttelte den Kopf.“

„Ich weiß nichts weiter, als was ich Ihnen erzählt habe. Begreifen Sie nun, daß ich nahe daran war, den Verlust zu verlieren?“

„Armstorf war heftig erregt.“

„Wenn ich nur begreifen könnte, warum Sie die Hoffnungen dieser Unbekannten nicht bei Ihrer Vernehmung erwiderten.“

„Heinz lachte nervös.“

„Ja, wenn ich das nur selbst begreifen könnte!“ sagte er verzweifelt. „Ich kann nur wiederholen, was ich schon gesagt habe: sie war ein Mädchen, und ich bin ein Mann.“

„Auf gut deutsch also: Sie verweigerten das, was Sie mir da erzählt haben, um die Unbekannte zu schützen?“

„Ja.“

„Sie war vermutlich jung, und schön?“

„Ja. Sie war jung — und — schön.“

Der Obersteintant hob vor sich nieder. Sie schwebten beide lange. Hoffentlich fand an den Schreibtisch gelehnt und farrte hinter durch das offene Fenster auf die Straße hinunter. Er dachte daran, wie sie an der gleichen Stelle gestanden hatte, und er dachte, daß es doch besser gewesen wäre, hätte er den Telefonruf nicht beachtet und sie nicht gehen lassen — da hinauf.“

„Blickt doch Armstorf den Kopf und hat Heinz an.“

„Sie befinden sich in einer schwierigen Lage.“ sagte er ruhig, „aber Sie haben eine verwegene Waise getroffen. Als ich hierherkam, erwartete ich, erste Dinge zu hören; aber das — Glauben Sie, daß sie — den Wort besungen haben könnte?“

„Nein!“ erwiderte Heinz rasch und bestimmt. „Wenn ich das für möglich gehalten hätte, hätte ich nicht geschrieben.“

„Glauben Sie, daß sie irgend etwas mit dem Täter zu tun hat?“

„Dah sie, vielleicht indirekt, daran beteiligt ist?“

„Ich weiß nicht. Nein doch, ich glaube es nicht.“

„In jedem Fall scheint Sie doch der einzige gewesen zu sein, der die geheimnisvolle Unbekannte gesehen hat. Ob Sie Flug gehandelt haben oder nicht, über den Beschuld des Mädchens zu schwören, mir wollen es nicht erwidern. Schließlich hat jeder von uns eine Zuneigung um eines schönen Mädchens willen gemacht, wir sind ja, dem Himmel sei Dank, keine Fischhändler. Ja, zum Glück, wo ich den Mann, der sich da zu Ihrem Richter aufweisen dürfte? Ich kann Sie gut genug verstehen; was ich nur nicht verhehle, ist, wie Sie sich demgegen so in törichte Einbildungen verrennen konnten. Ich finde, Sie haben sehr wenig Aussicht, gehent zu werden.“

„Hoffentlich lächelte gezwungen.“

„Sie sagten selbst, daß wir Großstadtmenschen mehr oder weniger Sklaven unserer Heroen sind.“ meinte er. „Und an meinen Heroen hat die Geschichte gehörig geschrieben. Gehen Sie mir, bitte, noch ein Glas Wein, Herr Obersteintant!“

„Armstorf füllte die Gläser mit dem Rest der zweiten Flasche. Dann trat er auf Heinz zu und sagte herzlich: „Und nun lassen Sie die Einbildungen und Befürchtungen begraben, mein lieber Freund! Was Sie mir anvertraut haben, bleibt strengstehendlich unter uns, ich werde keine Silbe davon verlauten lassen. Erinnern Sie sich daran, daß schließlich nicht Sie berufen sind, diese Mordgeschichten aufzuklären, und überlassen Sie alles Weitere getroßt unserer löblichen Polizei. Also, Prost, lieber Freund!“

Die Gläser klangen zusammen, noch ehe Heinz jedoch das seine hatte an die Lippen führen können, wäre es belnahe seiner Hand entfallen. Denn mit schrilltem Klang war die Wohnungsglocke angeschlagen.

„Gehen Sie, wie weit ich mit meinen Heroen bin!“ sagte Heinz, der in der Tat schliefendlich geworden war. „Wenn der Briefträger klingelt, glaube ich jedesmal, der Himmel fütze ein. Entschuldigend Sie mich einen Augenblick, Herr Obersteintant!“

Er ging hinaus, um zu öffnen. Vor ihm auf dem Treppenhof stand ein kleiner, älterer Mann mit vergrünlichen, nichtsagenden Gesichtszügen, die auch ausdrucklos

und unüberändert blieben, wenn er sprach.

„Verzeihung.“ sagte er mit einer dünnen, klanglosen Stimme, die Heinz merkwürdig bekannt vorkam, obwohl er bestimmt wußte, daß er den Fremden nie zuvor gesehen hatte. „Habe ich die Ehre, mit Herrn Hoffmann?“

„Amoht.“ erwiderte Heinz, kurz, die Kleidung des Fremden, die nicht elegant und nicht schickig war, flüchtig murend. „Das ist mein Name. Womit kann ich Ihnen dienen?“

Der Fremde drehte wie in leichter Verlegenheit seinen steifen, schwarzen Fjlschuh in den Händen. Es war ihm offenbar peinlich, so zwischen Tür und Angel abgeferligt zu werden.

„Mein Name ist Berger — Rechtsanwalt Berger.“ sagte er und hüßelte leicht. „Ich hätte recht gern ein paar Worte mit Ihnen gesprochen. Sie kennen mich nicht.“

„Ich habe allerdings nicht die Ehre —. Aber bitte, treten Sie ein, Herr — Berger. Ich habe allerdings Besuch, aber wenn es sich um etwas Wichtiges handelt —.“

Der Rechtsanwalt hüßelte wieder.

„In der Tat, die Angelegenheit, die mich herführt, wenn Sie mir nur eine Viertelstunde opfern könnten —.“

„Und dann, nach einem seufzendenlangem Zögern: „Sie werden sich vielleicht erinnern, ich telephonierte bei Ihnen an, in jener Nacht, als Herr Martens —.“

„Alja — für Sie habe ich allerdings eine Viertelstunde übrig. Hier hinein, wenn ich bitten darf!“

6. Kapitel.

„Verzeihung, aber ich weiß wirklich nicht, wenn ich

füße —.“

Der Fremde, der sich als Rechtsanwalt Berger vorgestellt hatte, war wieder von der Schwelle des Zimmers zurückgetreten, als er des Obersteintants ansichtig wurde. Aber rüchsiglich hob ihn Heinz, der vor Aufregung siebete, durch die Tür, die er hinter sich zuzog.

„Bitte, Sie dürfen gar nicht.“ sagte er bitter. „Darf ich Ihnen bekannt machen, Herr Obersteintant, Armstorf — Herr Rechtsanwalt Berger, nicht wahr? Herr Obersteintant, das ist der Herr, der in jener Nacht bei mir antelephonierte.“

(Fortsetzung folgt.)

